

Horst Kahrs  
Institut für Gesellschaftsanalyse  
Mitte Februar 2020

[Arbeitsmaterialien zur Klassenanalyse](#)

# Zum Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern

## **Inhalt**

Einleitung.....	2
Zusammenfassung.....	2
Zahl der Gewerkschaftsmitglieder.....	3
Wahlpräferenzen von Arbeitern und Gewerkschaftern 1965 bis 1983.....	3
Wahlverhalten von Gewerkschaftern ab 1994.....	5
Regionale Differenzierungen.....	8
Ausgewählte Erklärungen für die Drift zum völkisch-autoritär-nationalistischen Pol.....	11
Hinweise zur These des tripolarer politischer Raum.....	12

## Einleitung

Gewerkschaftsmitglieder bilden den Kern dessen, was gemeinhin »organisierte Arbeitnehmerschaft« genannt wird: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich aufgrund ihrer Stellung im gesellschaftlichen Arbeitsprozess organisieren, um ihre Interessen als abhängig Beschäftigte gemeinsam, solidarisch und kollektiv, zu vertreten. Man muss sich zusammenschließen, um die eigenen Interessen gegenüber der Betriebsleitung, der Unternehmensführung und den Unternehmerverbänden geltend machen zu können.

Die Frage nach dem Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern unterstellt, dass Gewerkschafter andere Wahlentscheidungen treffen könnten als andere abhängig Beschäftigte, weil sie Mitglied einer Gewerkschaft sind. Organisierte Arbeiter und Angestellte haben, so die Annahme, einen eigenen Blick auf Politik und Gesellschaft, der sich der Sichtweise nichtorganisierter Kolleginnen und Kollegen unterscheidet. Auch wird implizite angenommen, dass bei der Wahlentscheidung von Gewerkschaftern die Berücksichtigung gewerkschaftlicher Anliegen in Programm und Handeln der Parteien eine besondere Rolle spielen könnte, kurz: dass sie ihre Wahlentscheidung primär als Gewerkschafter und nicht als Religionsangehöriger, Familienvater, Angehöriger einer Bürgerinitiative usw. treffen. Aus beiden Annahmen folgt die dritte Annahme, dass es aufgrund der gemeinsamen Wurzeln von sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung eine besondere Nähe zur SPD geben müsse. Dabei gerät andererseits dann leicht in Vergessenheit, dass es die Institution der politischen Einheitsgewerkschaften in der Bundesrepublik erst seit gut 70 Jahren gibt und zuvor christliche und andere Gewerkschaften mit anderen Parteaaffinitäten, z.B. Zentrum-Partei, auch DNVP, eine nicht geringe Rolle gespielt hatten, es also nicht nur die eine Traditionslinie gibt.

## Zusammenfassung

Tatsächlich bestätigen Analysen, dass sich die Parteipräferenzen und das Wahlverhalten von Gewerkschaftern von denen anderer Wählergruppen unterscheiden. Sie wählten weitaus häufiger die SPD als die gesamte Wahlbevölkerung. Die Sozialdemokratie schnitt unter Gewerkschaftern immer deutlich besser ab als in der Gesamtbevölkerung. Das ist auch heute noch so: Gewerkschafter wählen häufiger SPD und LINKE als die Gesamtbevölkerung und seltener CDU und FDP. Aber mit der AfD hat sich seit 2016 eine weitere Partei etabliert, die von Gewerkschaftsmitgliedern häufiger als von der Gesamtbevölkerung gewählt wird. Gewerkschafter als der organisierte Teil der Arbeitnehmerschaft versprechen sich nun auch von der AfD eher Schutz vor erlebter oder befürchteter sozioökonomischer und sozialkultureller Deklassierung. Hierbei scheint es sich vor allem um Gewerkschaftsmitglieder aus den Sektoren des produzierenden Gewerbes zu handeln.

Das Wahlverhalten von Gewerkschaftern deutet somit nicht auf eine »einfache« Rechtsverschiebung auf der Rechts-Links-Achse hin. Eher unterstützt es die These, dass sich in den westeuropäischen Demokratien ein »tripolares Parteiensystem« bzw. ein tripolarer politischer Raum herausbildet, in dem die radikale Rechte bzw. der autoritäre völkische Nationalismus neben den traditionellen Parteien im linken Spektrum sowie den liberalen und konservativen Parteien einen dritten Pol bildet, der überdurchschnittlich von kleinen Selbstständigen, Produktions- und Dienstleistungsarbeitern unterstützt wird.<sup>1</sup> Die These kann und soll hier für Deutschland nicht weiter geprüft werden. Doch erhält sie durch das Wahlverhalten von Gewerkschaftern eine gewisse Plausibilität. Sie lässt sich in der Langzeitperspektive womöglich auch mit dem Wahlverhalten in katholischen (Arbeiter-)Milieus verknüpfen, die sich als relativ resistent gegenüber den Nationalsozialisten erwiesen.

1 Daniel Oesch, Line Rennwald 2018: Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right; in: European Journal of Political Research 57, p. 783-807. doi: 10.1111/1475-6765.12259. (Datenauswertung für Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und Schweiz. Auf der Basis aktueller ESS-Daten für Deutschland nun: Floris Biskamp 2020: Die Arbeiter\_innen, der Autoritarismus und die AfD; [http://blog.florisbiskamp.com/2020/02/02/die-arbeiter\\_innen-der-autoritarismus-und-die-afd/](http://blog.florisbiskamp.com/2020/02/02/die-arbeiter_innen-der-autoritarismus-und-die-afd/) (abgerufen am 3.2.2020).

Anliegen dieses Arbeitsmaterials ist die Zusammenstellung von Daten zum Wahlverhalten bzw. den Parteipräferenzen von Gewerkschaftsmitgliedern, nicht eine umfassende Erklärung des Wahlverhaltens bzw. der politischen Bewegung nach rechts auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Auf verschiedene ausgewählte Erklärungen wird abschließend kommentarlos hingewiesen, ebenso auf Grundzüge des tripolaren politischen Raums und seiner empirischen Unterfütterung.

## Zahl der Gewerkschaftsmitglieder

Im Jahr 2017 waren 7,858 Mio. abhängig Beschäftigte, rund ein Fünftel aller abhängig Beschäftigten, in Gewerkschaften organisiert: 5,995 Mio. in Einzelgewerkschaften des DGB; 0,221 Mio. in Einzelgewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbundes; 1,318 Mio. im Deutschen Beamtenbund und 0,28 Mio. in anderen (Sparten-)Gewerkschaften. Im Jahr 2000 zählten die verschiedenen Verbände zusammen noch 9,676 Mio. Mitglieder. Allein die DGB-Gewerkschaften schrumpften in diesem Zeitraum von 7,899 Mio. auf 5,975 Mio. Mitglieder (-20,7%), während der Beamtenbund und die nicht verbandsgebundenen Gewerkschaften Mitgliederzuwächse von 5,7% bzw. 15,9% verzeichneten.<sup>2</sup> In den DGB-Gewerkschaften hatten 2018 mit 5,975 Mio. Mitgliedern weniger Mitglieder als 1990 in der alten Bundesrepublik mit 7,938 Mio.<sup>3</sup> Etwa jeder achte Wahlberechtigte ist also Mitglied einer Gewerkschaft.

## Wahlpräferenzen von Arbeitern und Gewerkschaftern 1965 bis 1983

Bis weit in die 1980er Jahre hinein verteilten sich die Stimmen von Gewerkschaftern bei Bundestagswahlen auf die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD. Der Vorsprung der SPD vor der CDU war (in den Vorwahlbefragungen) teilweise beträchtlich. Ab der Bundestagswahl 1969 liegt die SPD bis einschließlich der Wahl 1980 bei Arbeitern deutlich vor der Union; vor der Wahl 1983, die das Ende der sozialliberalen Koalition bestätigen sollte, entspricht der Vorsprung in etwa dem von 1965. Eine besondere Rolle spielte die Religionszugehörigkeit der Arbeiter: unter katholischen Arbeitern und Arbeiterinnen lag die SPD nur 1972 (»Willy-Wahl«) und 1980 (Strauß-Kandidatur) vor der Union, unter den evangelischen Arbeitern und Arbeiterinnen hingegen in den Zeiten der Kanzler Brandt und Schmidt um über 40 Prozentpunkte.

Tabelle 1: Parteipräferenzen von Gewerkschaftsmitgliedern und Arbeitern vor Bundestagswahlen 1965-1983

Bundestagswahlabsichten 1965-1983: Differenz der Wahlabsichten für SPD zur CDU/CSU in Prozentpunkten						
	1965	1969	1972	1976	1980	1983
<b>Arbeiter</b>	15	22	29	19	26	11
<i>katholisch</i>	-4	-3	11	-10	7	-3
<i>evangelisch</i>	31	47	44	44	42	22
<b>Gewerkschaftsmitglieder</b>	23	32	38	30	33	19
<i>Arbeiter</i>	19	41	44	38	37	22
<i>Arbeiter in Großbetrieben</i>	29	38	54	26	39	25
<i>Angestellte und Beamte</i>	16	12	33	20	29	16

Quelle: Infas Repräsentativerhebungen jeweils im Quartal vor der Bundestagswahl, nur explizite Nennungen bei der Wahlabsicht; nach Feist/Krieger/Uttitz 1983, S. 419f.

2 Heiner Dribbusch, Peter Birke: Gewerkschaften in Deutschland. Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin April 2019, S. 12.

3 DGB: Gewerkschaftsmitglieder von 1869 bis 2018; <https://www.dgb.de/uber-uns/bewegte-zeiten/geschichte-des-dgb/gewerkschaftsgeschichte-in-zahlen/++co++d6213e5a-a700-11e9-a996-52540088cada> [abgerufen: 4.2.2020]

Gewerkschaftsmitglieder beabsichtigten bei den Bundestagswahlen 1965 bis 1983 in deutlich stärkerem Ausmaß als Nichtmitglieder die SPD statt der Union zu wählen. Besonders ausgeprägt war die Präferenz für die SPD unter Arbeitern. Könnte man die gewachsene Differenz 1969 als Unterstützung für einen Regierungswechsel hin zu einem SPD-Kanzler nach den drei Jahren der Großen Koalition und der Einführung des »Wachstums- und Stabilitätsgesetzes« interpretieren, so folgerichtig den deutlichen Rückgang bei der Wahl 1983 als stärkere Hinwendung zur neuen Kohl-Genscher-Regierung, deren Abwahl nicht erwartet wurde. Auffällig ist der Einbruch um pro-sozialdemokratischen Wahlverhalten von Arbeitern in Großbetrieben, den Zentren gewerkschaftlichen Organisationsmacht, bei der Wahl 1976. Hier zeigte sich eine erste Lockerung in der Kooperationsbeziehung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften. In einer Analyse für die Gewerkschaftlichen Monatshefte im Herbst 1983 heißt es:

*Im Gewerkschaftsmilieu hat es 1983 im Vergleich zu 1980 unter Arbeitern und Angestellten/Beamten etwa gleich große Einbußen für die SPD gegeben. Langfristig ist aber auch speziell unter Gewerkschaftsmitgliedern ein Erosionsprozeß in Etappen zu beobachten. Während die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in ihrer Gesamtheit bis 1980 verhältnismäßig stabil von der SPD gebunden werden konnten und der Einbruch erst 1983 eintrat, haben sich organisierte Arbeiter in Großbetrieben in zwei Etappen von der SPD abgewendet, erstmals 1976 und in einem zweiten Schub 1983.<sup>4</sup>*

Die Ursachen für die abnehmende Zustimmung zur SPD wurden nicht allein in den wirtschafts- und sozialpolitischen Beschlüssen unter Kanzler Helmut Schmidt gesehen, sondern auch in einer Krise der gewerkschaftlichen Institutionen, die die Bindungskraft gewerkschaftlicher Organisationen geschwächt habe.

*Anzeichen einer Kooperationskrise zwischen SPD und Gewerkschaften wurden bereits im Herbst 1981 erkennbar, als es in Stuttgart und Hannover zu gewerkschaftlich organisierten Großdemonstrationen gegen die Haushaltsoperation 1982 kam. Die durch den „Neue Heimat-Skandal“ geschwächte Legitimation der Gewerkschaften tat ein übriges. Wie groß die Sensibilität der Wähler ist, zeigte sich bereits bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im Juni 1982. Für 47 Prozent spielte das Thema bei der Wahlentscheidung eine Rolle, 53 Prozent vermuteten Auswirkungen des Skandals auch auf die SPD. Unter den SPD-Anhängern teilten immerhin 45 Prozent diese Auffassung.<sup>5</sup>*

Nicht ausgeschlossen werden kann indes, dass auch Themen ohne gewerkschaftlichen und sozial- und wirtschaftspolitischen Bezug eine Rolle gespielt haben, sich von der SPD abzuwenden, etwa der NATO-Doppelbeschluss unter Kanzler Schmidt. Auch gab es bei der Wahl 1983 erstmals einen deutlichen Einbruch bei der Wahlbeteiligung, der den überdurchschnittlich unter Arbeitern schmelzende Vorsprung der SPD zu einem größeren Teil auch erklären könnte: sozialdemokratisch orientierte Arbeiter blieben der Wahl fern.

---

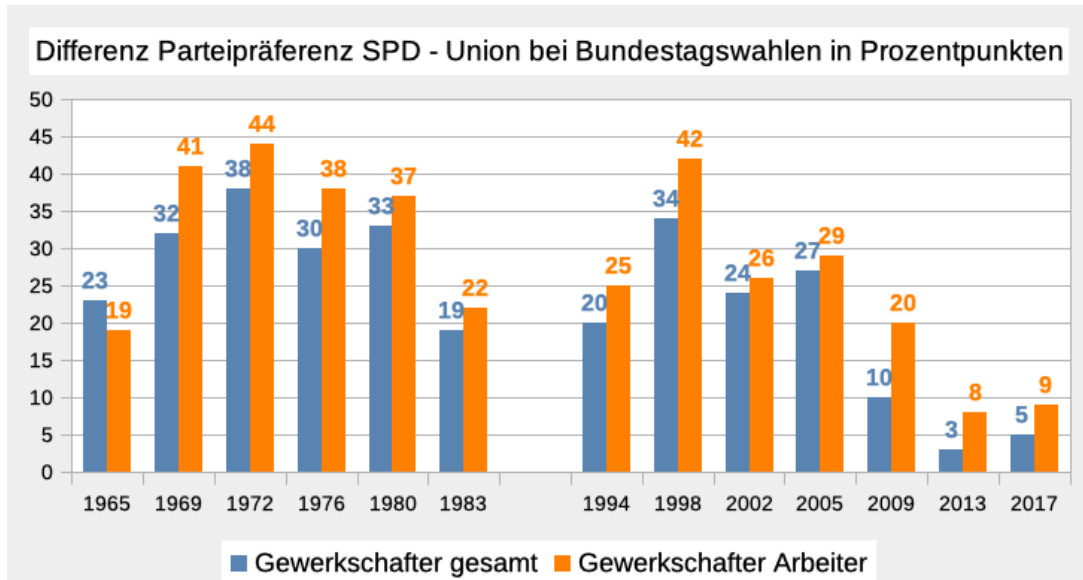
4 Ursula Feist, Hubert Krieger, Pavel Uttitz: Das Wahlverhalten der Arbeiter bei der Bundestagswahl 1983; in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1983, S. 414-427; S. 420.

5 Feist/Krieger/Uttitz, S. 421.

## Wahlverhalten von Gewerkschaftern ab 1994<sup>6</sup>

Nach dem Ende der DDR blieb die SPD unter Gewerkschaftern insgesamt und auch unter gewerkschaftlich organisierten Arbeitern stärker als CDU/CSU. Allein im Wahljahr 1998 erreichte der Unterschied allerdings wieder Dimensionen wie in den 1970er Jahren. In den anderen Wahljahren bis einschließlich 2005 lagen die Unterschiede zwischen SPD und Union nur leicht über dem Niveau von 1965 bzw. 1983. 2009 brach der Vorsprung der SPD unter Gewerkschaftern auf 10 Prozentpunkte ein, vor allem im Bereich der Angestellten und 2013 und 2017 erreichte er einen historischen Tiefstand.

Grafik 1: Differenz der Parteipräferenz von Gewerkschaftern zwischen SPD und Union 1965-2017



Das Wahljahr 1998 brachte offensichtlich auch eine stärkere Re-Mobilisierung von zuvor nicht wählenden Arbeitern unter den Gewerkschaftern: Statt um 25 Punkte wie 1994 lag die SPD 1998 wieder 42 Punkte vor der Union, ein stärkerer Anstieg als bei den Gewerkschaftern allgemein. 2009 brach der Vorsprung der SPD unter Gewerkschaftern auf 10 Prozentpunkte ein, vor allem im Bereich der Angestellten und 2013 und 2017 erreichte er einen historischen Tiefstand.

Tabelle 2: Wahlverhalten Gewerkschaftsmitglieder 1994 - 2017

Wahlverhalten Gewerkschaftsmitglieder bei Bundestagswahlen 1994-2017							
	DIE LINKE	SPD	GRÜNE	CDU/CSU	FDP	AFD	Andere
BTW94	6 %	<b>50 %</b>	7 %	30 %	3 %		4 %
BTW98	7 %	<b>56 %</b>	6 %	22 %	3 %		6 %
BTW02	5 %	<b>51 %</b>	9 %	27 %	5 %		3 %
BTW05	12 %	<b>48 %</b>	8 %	21 %	5 %		5 %
BTW09	<b>17 %</b>	34 %	10 %	24 %	9 %		5 %
BTW13	11 %	36 %	8 %	<b>33 %</b>	3 %	4 %	5 %
BTW17	12 %	29 %	8 %	24 %	7 %	<b>15 %</b>	5 %

Quelle: Wahlberichterstattung Forschungsgruppe Wahlen. DIE LINKE bis 2002: PDS.

Tatsächlich hat sich in den zurückliegenden 30 Jahren das bundesdeutsche Parteiensystem grundlegend zu einem Mehrparteiensystem verändert, SPD und CDU haben ihre frühere Rolle als polarisierende »Lagerparteien« verloren. Bis einschließlich der Wahl 2002 erhielten SPD und CDU zusammen rund 80%

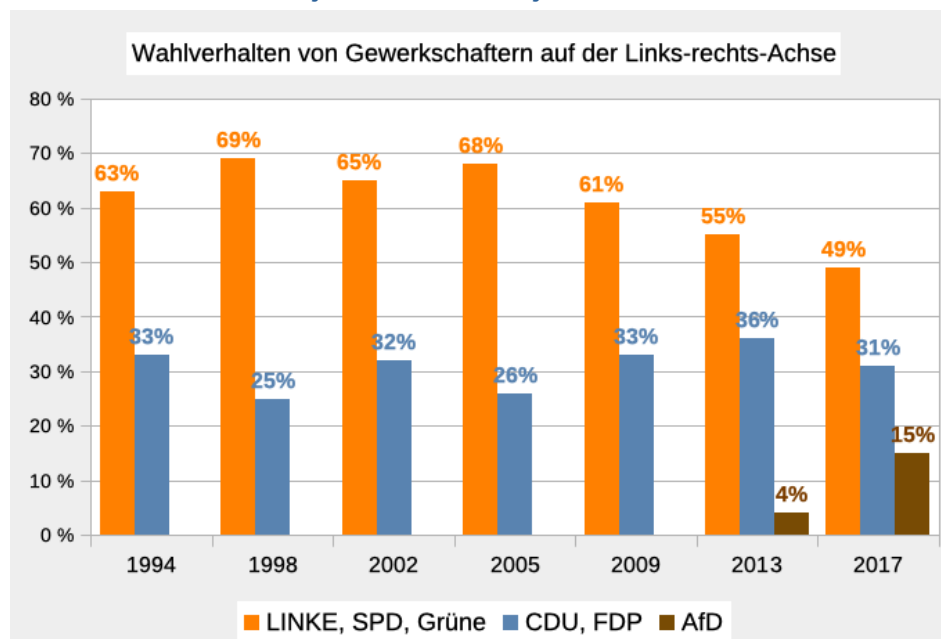
<sup>6</sup> Alle Zahlenangaben zum Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern, Nichtmitgliedern und Arbeitern in diesem Kapitel stammen aus den Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen.

unter Gewerkschaftern, 2005 und 2013 nur noch rund 70% und 2009 und 2017 zwischen 50% und 60%. Die »Erosion der Volksparteien« machte vor den Gewerkschaftern nicht halt.

Ordnet man die Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder auf der Links-Rechts-Skala wobei LINKE, SPD und Grüne links der politischen Mitte und CDU, FDP und AfD rechts der politischen Mitte angesiedelt sind, so entfallen auf die Parteien links der Mitte 1994 zusammen 63% der Gewerkschafter-Stimmen, 1998 zusammen 69% und auch 2005 noch 68%. Der Einbruch setzt 2009 ein mit nur noch 61% der Stimmen, 2017 sind es mit 49% nur noch knapp die Hälfte und wenig mehr als auf die Parteien rechts der Mitte der entfallen (46%) (ohne Zuordnung der kleinen anderen Parteien).

Während DIE LINKE bzw. die WASG als Teil der Linkspartei.PDS 2005 eine relativ starke gewerkschaftliche Basis hatte bzw. ausdrücklich auch als Wahlalternative zur SPD von und für Gewerkschafter gegründet worden war, trifft dies selbstredend auf die AfD ab 2013 nicht zu. Daher macht es Sinn, die Stimmen für CDU und FDP von denen für die AfD zu unterscheiden. Es zeigt sich dann, dass sich die Stärke von Union und FDP unter Gewerkschaftern seit 1994 kaum verändert hat, 2017 erreicht sie mit 31% z.B. etwa so viel wie 2002 mit 32%. Die Rechtsverschiebung im Wahlverhalten von Gewerkschaftern ist also vor allem eine Verschiebung zu Gunsten der AfD. Sie folgt der Rechtsverschiebung in der gesamten Wahlbevölkerung, wobei die Zustimmung unter Gewerkschaftern für die AfD mit 15% erkennbar stärker ausfällt als insgesamt (12,6%).

Grafik 2: Wahlverhalten von Gewerkschaftern 1994-2017 auf der Links-rechts-Achse



Die jüngste Wahlbewegung von Gewerkschaftern nach rechts setzte bereits bei der Bundestagswahl 2009 ein, als sich nur ein Teil der von der SPD enttäuschten Gewerkschaftern zur Partei DIE LINKE orientierte, ein anderer Teil hingegen zur CDU und FDP und 2013 dann verstärkt zur CDU. Bei der Bundestagswahl 2009 verlor die SPD 11,2%, unter Gewerkschaftsmitgliedern sogar 14%. Die LINKE gewann unter Gewerkschaftern 5%, insgesamt nur 3,2%. Aber auch die CDU gewann: plus 3% bei Gewerkschaftern bei minus 1,4% im Gesamtergebnis. Grüne und FDP gewannen bei Gewerkschaftern etwas weniger als insgesamt. Bei der Bundestagswahl 2013 verlor DIE LINKE unter Gewerkschaftern stärker (-6%) als insgesamt (-3,3%), die CDU gewann unter Gewerkschaftern 9%, insgesamt 7,7%. Bei den anderen Parteien war die jeweilige Zu- oder Abnahme bei Gewerkschaftern leicht schwächer als insgesamt.

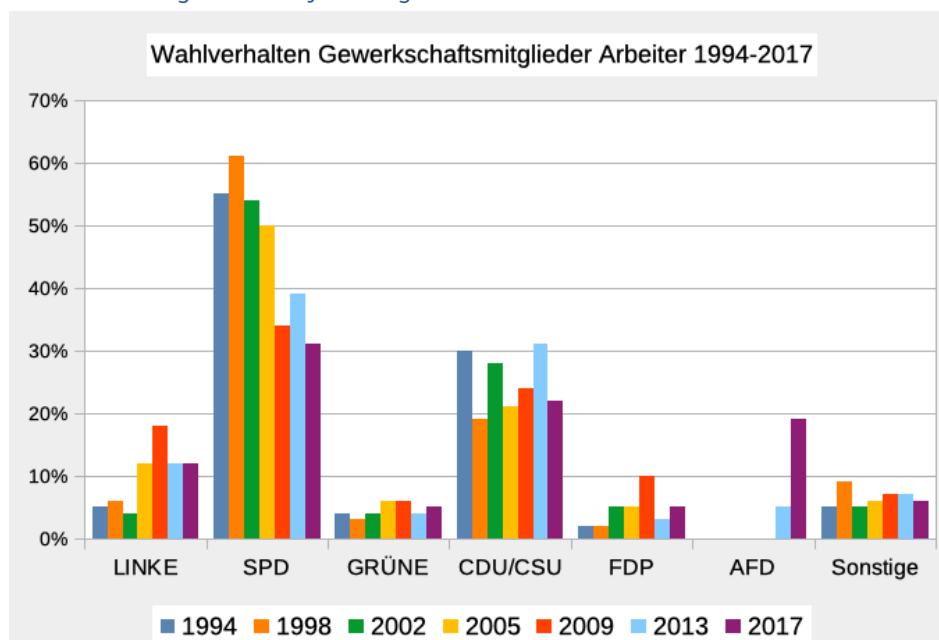
Die AfD des Jahres 2013 spielte nur eine geringe Rolle, war jedoch unter Gewerkschaftern bereits stärker als die FDP. Erst die politisch gehäutete AfD des Jahres 2017 erzielte erhebliche Zustimmung unter Gewerkschaftern, die statistisch als Beschleunigung einer politischen Wahlbewegung nach rechts erscheint. Bei der Bundestagswahl decken sich für LINKE, FDP und CDU die Veränderungen bei Gewerk-

schaffern mit den allgemeinen Veränderungen des Wahlergebnisses, so verliert die CDU unter Gewerkschaftern 9%, insgesamt 8,6%. Die SPD allerdings verliert unter Gewerkschaftern 7%, insgesamt nur 5,2%; und die AfD gewinnt unter Gewerkschaftern 11% hinzu, insgesamt dagegen nur 8,1%.

Im Rückblick zeichnet in der Tat eine Bewegung von links nach rechts unter Gewerkschaftern ab: Nach 2005 wenden sich Gewerkschaftern überdurchschnittlich stark von der SPD ab. Bei der Wahl 2009 führte diese Abwendung zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Stimmen für die Partei DIE LINKE. Bereits 2013 setzte eine überdurchschnittliche Abwendung von Gewerkschaftern von der Linkspartei an, mit Blick auf die überdurchschnittliche Hinwendung zur AfD bei der Wahl 2017 erscheint das überdurchschnittliche Votum für die CDU 2013 als Durchgangsstation.

Die politische Bewegung nach rechts war unter gewerkschaftlich organisierten Arbeitern stärker als im Durchschnitt aller Gewerkschaftsmitglieder. Das machte sich bereits bei der Wahl 2009 bemerkbar, als die drei links von der Mitte verorteten Parteien zusammen nur noch 58% der Stimmen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erhielten und die AfD bei der Wahl 2019 unter ihnen auf 19% kam, als um vier Punkte über dem Durchschnitt landete. Die SPD hatte 1998 61% der Stimmen von gewerkschaftlichen Arbeitern erzielt, knapp zwanzig Jahre später waren es nur noch 31%. Die Union erhielt 1994, 2002 und 2013 um die 30% und 2017 mit 22% mehr als 1998 (19%) oder 2005 (21%). Die Linke verbesserte ihre Position unter gewerkschaftlichen Arbeitern bei der Wahl 2005 deutlich, die Wahl 2009 brachte ein einmaliges außerordentliches Ergebnis in dieser Gruppe. (vgl. Grafik 3)

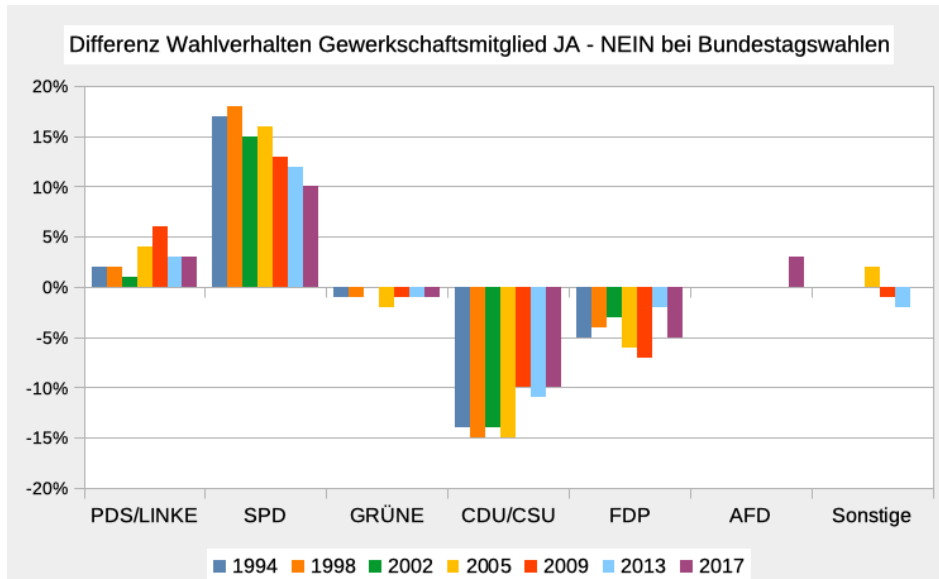
*Grafik 3: Wahlverhalten von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern 1994-2017*



Bei den unorganisierten Arbeitern bildet sich das traditionelle Wahlverhalten während des gesamten Zeitraumes ab: Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wählen deutlich häufiger SPD als unorganisierte Arbeiter, die dagegen deutlich häufiger die Union oder abgeschwächt die FDP wählen. Zuletzt wählten gewerkschaftlich organisierte Arbeiter leicht stärker als unorganisierte DIE LINKE (+2%) und die AfD (+1%). Die relative Bedeutung des Wahlverhaltens von Arbeitern hat in den vergangenen 20 Jahren stark abgenommen, da ihr Anteil an allen Erwerbstätigen auf mittlerweile unter 20% gesunken ist.

Die AfD zählt bei der Bundestagswahl 2017 zu den Parteien, die wie SPD und LINKE unter Gewerkschaftsmitgliedern bessere Ergebnisse erzielen als unter Nicht-Mitgliedern. Zuletzt lag die SPD unter Gewerkschaftern 10 Prozentpunkte, DIE LINKE und die AfD um 3 Punkte besser CDU und FDP schnitten unter Gewerkschaftern um 10 bzw. 5 Prozentpunkte schlechter ab als unter Nichtmitgliedern, die Grünen schnitten unter Mitgliedern leicht schlechter ab als unter Nicht-Mitgliedern (vgl. Grafik 4)

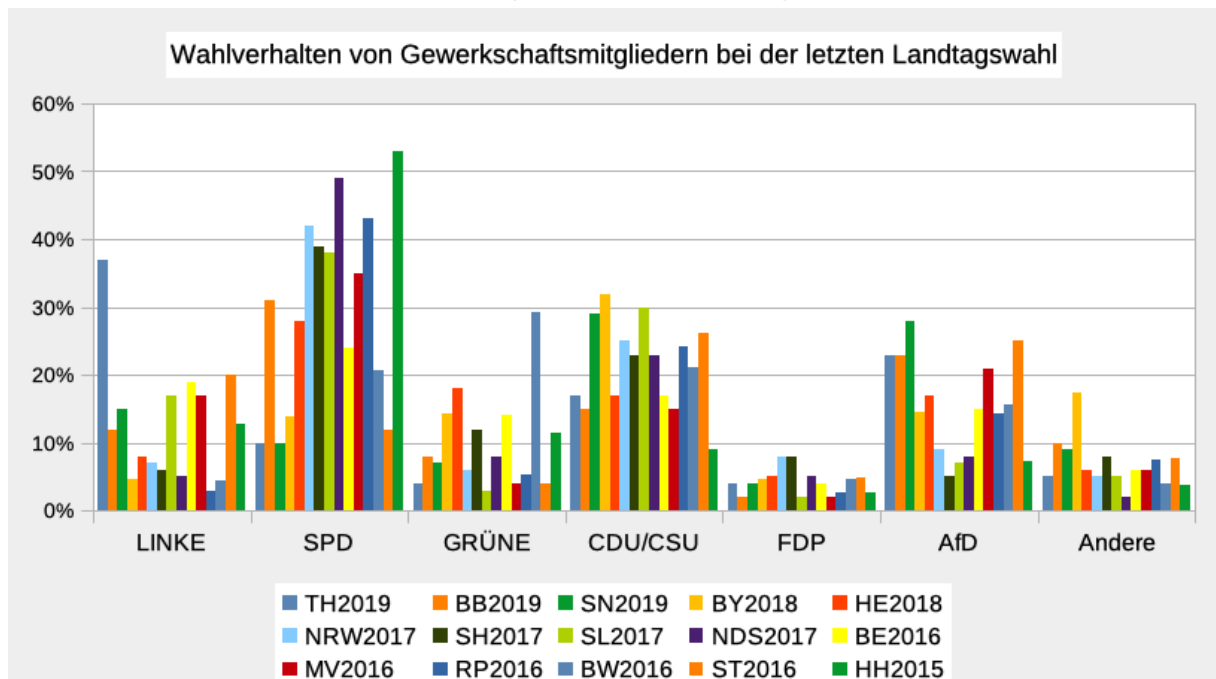
Grafik 4: Differenz im Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern 1994-2017



Vermutlich wird diese wahlpolitische Bewegung von Gewerkschaftern nach rechts vor allem von Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie getragen, zumindest erzielt die AfD unter „Produktionsarbeitern“ und in Regionen mit einem überdurchschnittlich Anteil von Industriebeschäftigten oder Handwerksbetrieben überdurchschnittliche Wahlergebnisse.

## Regionale Differenzierungen

Grafik 5: Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern bei den Landtagswahlen 2015-2019



Das Wahlverhalten von Gewerkschaftern ist eingebettet in das Wahlverhalten des gesamten regionalen Wahlverhaltens. Gewerkschafter treffen – bei Landtagswahlen – ihre Wahlentscheidungen nicht primär als Gewerkschafter, sondern wie alle Wahlberechtigten zwischen Parteien eines bestimmten regionalen Parteiensystems und Koalitionspräferenzen. Erst in zweiter Linie machen sich unterschiedliche Parteipräferenzen zu Nichtmitgliedern bemerkbar. Beispielfhaft deutlich wird dies bei den drei jüngsten ost-

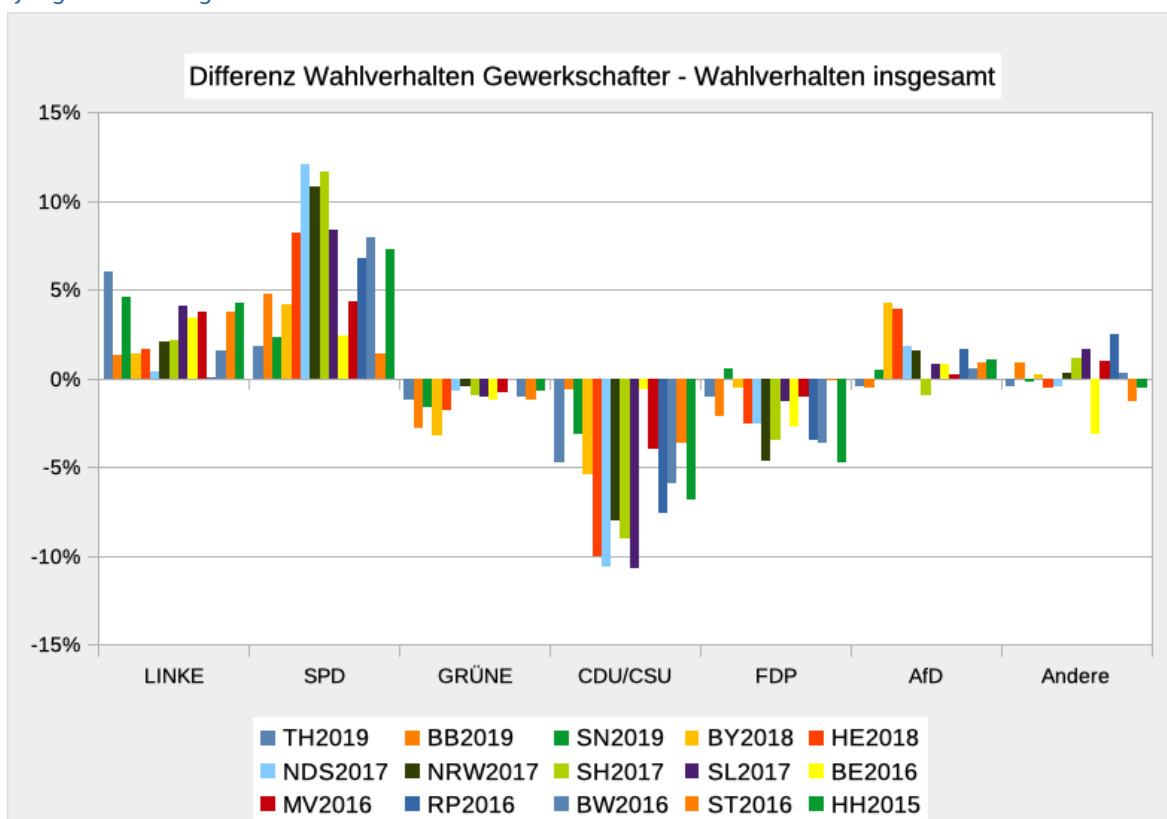


deutschen Landtagswahlen. Auch Gewerkschafter wählten wie alle Wähler und Wählerinnen in Sachsen die CDU, in Brandenburg die SPD und in Thüringen DIE LINKE zur stärksten Partei. (Grafik 5 die jeweils linken Säulen). Hätten Gewerkschafter ihr Wahlverhalten primär an Interessen als Gewerkschafter ausgerichtet, wäre das regional stark unterschiedliche Abstimmungsergebnis in benachbarten Ländern schwerlich zu erklären.

Wahlausgänge, bei denen Gewerkschafter gegenläufig zum allgemeinen Wahlergebnis stimmten - so etwa bei der Bundestagswahl 2009, als die CDU 1,4% verlor, unter Gewerkschaftern aber 3% gewann - sind auch auf Länderebene äußerst selten.

Für alle Bundesländer zeigen die jeweils jüngsten Landtagswahlergebnisse das gleiche Bild wie bei Bundestagswahl: eine überdurchschnittliche Zustimmung zu SPD und PDS/LINKE unter Gewerkschaftern, überwiegend dann auch für die AfD (Grafik 6).

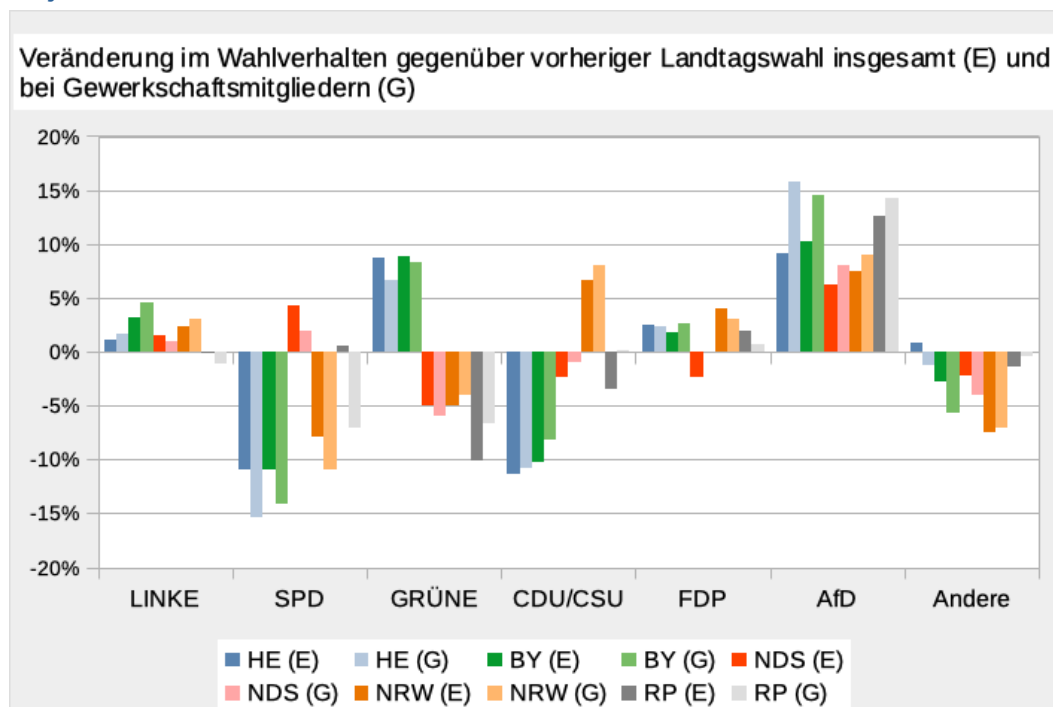
*Grafik 6: Differenz im Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern und allen Wählerinnen und Wählern bei den jüngsten Landtagswahlen*



Betrachtet man die Differenzen im Wahlverhalten für die AfD, so fällt zunächst ins Auge, dass die AfD in Schleswig-Holstein, Brandenburg und Thüringen bei der letzten Landtagswahl von Gewerkschaftern unterdurchschnittlich gewählt wurde. Betrachtet man nur Unterschiede, die mindestens zwei Prozentpunkte ausmachen, so fallen fünf westdeutsche Landtagswahlen ins Auge: Rheinland-Pfalz 2016, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen 2017 und mit der größten Differenz Hessen und Bayern 2018. Alle fünf Länder zeichnet ein – teilweise regional konzentrierter – hoher Anteil von (auch: ehemaliger) Industriebeschäftigung aus.

Blickt man für diese fünf Länder auf die Veränderungen gegenüber der vorhergehenden Landtagswahl, so gehen die überdurchschnittlichen Gewinne der AfD, genauer: Gewinne in Hessen, erstmalige Ergebnisse in den anderen vier Ländern; unter Gewerkschaftsmitgliedern mit entsprechenden überdurchschnittlichen Verlusten der SPD einher. In Niedersachsen gewinnt die SPD unter Gewerkschaftern schwächer als insgesamt (Grafik 7).

Grafik 7: Veränderungen bei aktueller Landtagswahl (2016-2018) gegenüber vorheriger Wahl (2011-2013) insgesamt und unter Gewerkschaftsmitgliedern in Hessen, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz



Die starken Verluste der SPD in Hessen und Bayern bei Gewerkschaftsmitgliedern gehen auch mit starken Gewinnen der Grünen einher. Hier verhalten sich Gewerkschafter im allgemeinen Trend, aber eben etwas schwächer. Blickt man nur auf die Abweichungen bei den Gewerkschaftern, so stehen den stärkeren Verlusten bei der SPD nur stärkere Gewinne bei der AfD gegenüber (mit schwachen Ausnahmen bei der Linkspartei).

## Ausgewählte Erklärungen für die Drift zum völkisch-autoritär-nationalistischen Pol

Bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts beschäftigte sich Gewerkschaften angesichts des Wahlverhaltens von Gewerkschaftern in den zurückliegenden Jahren mit der Frage, wie verbreitet rechtsextreme Einstellungen unter Gewerkschaftern sind. Der Schlussbericht der dafür eingerichteten Kommission »Rechtsextremismus« stellt ein erhebliches Potential an rechtsextremen Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern fest, ebenso eine relativ hohe Bereitschaft, rechtsextreme Parteien zu wählen. Gewerkschaftsmitgliedschaft bilde allein keinen Damm gegen rechts. Eine Reihe von Faktoren wurde angeführt, die diesem Potential zur politischen Formierung verhelfen könnte:

*Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeiten, ungerechte Reichtumsverteilung, Krise der traditionellen Parteien, zunehmende Globalisierungsängste, multiethische Gesellschaft, aber auch der grundlegende Wandel von der Arbeits- zur Informationsgesellschaft, gesellschaftliche Desintegration und Erosion kollektiver Leitbilder bilden den sozialen Nährboden für politische Unzufriedenheit und steigern das Misstrauen gegenüber den politischen Kräften, die nicht für jedes Problem eine schnelle Antwort bereit halten.<sup>7</sup>*

*Die Erkenntnis, dass fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen auch unter Gewerkschaftsmitgliedern virulent sind, ist weder neu noch sonderlich überraschend. Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. (...) Erklärungsbedürftig bleibt das vergleichsweise große rechtsextreme Wählerpotential unter Gewerkschaftsmitgliedern. Möglicherweise spielen die Gründe für den Beitritt zu einer Gewerkschaft und die, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterschiedliche Struktur der Mitgliedschaft eine Rolle. Das Autorenkollektiv Held/Horn/Marvakis stellt hierzu eine Verbindung zwischen rechtsextremen Orientierungen und Modernisierungsprozess her, der in der Lebens- und Arbeitswelt zu Entsolidarisierung, drastischer Verschärfung des Konkurrenzkampfes und Nützlichkeitsdenken geführt habe. Für diese Entwicklung werden die Gewerkschaften mitverantwortlich gemacht, weil sie in der ihnen aufgezwungenen Standortdebatte einer betrieblichen Konkurrenzlogik das Wort geredet und ihre Strategie gegen Fremdenfeindlichkeit auch auf Nützlichkeitsargumente gestützt hätten. In Krisenzeiten aber lege die Konkurrenzlogik die Ausgrenzung derjenigen nahe, die ohnehin benachteiligt oder nicht mehr nützlich sind. In der Konkurrenz und der Verabsolutierung des Leistungsprinzips sehen die Autoren denn auch das entscheidende Movers für Ausgrenzungsprozesse, die den befragten Auszubildenden als selbstverständlich gelten und mit dem Leistungsprinzip sowie der zu erhaltenden Konkurrenzfähigkeit ihres Betriebes gerechtfertigt würden. In genauer Kenntnis der betrieblichen Hierarchien knüpften die Jugendlichen dabei an latente, bereits bestehende Ausgrenzungsverhältnisse an, von denen vor allem Arbeitsmigranten, Asylbewerber und Aussiedler, letztlich aber alle "Leistungsunfähigen" betroffen seien. Im Unterschied zu Heitmeyer werden die Folgen des sozialen Wandels nicht als Individualisierung, sondern als Segmentierungsprozess gefasst, der auf einer Spaltung der Gesellschaft in Zentrum und Peripherie beruhe. Die soziale Ausdifferenzierung in deutlich unterscheidbare Segmente und die damit verbundenen Ausgrenzungen stellten eine notwendige gesellschaftliche Bedingung für die Entstehung rechter Orientierungen dar.<sup>8</sup>*

Zu weiteren Erklärungen für die Hinwendung von Gewerkschaftern nach rechts siehe auch die Arbeiten von Klaus Dörre zu »Wettbewerbsklassen« und »demobilisierter Klassengesellschaft« oder die empirischen Studien von Dieter Sauer, Richard Detje und anderen.<sup>9</sup>

7 Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, DGB-Bundesvorstand, Berlin Mai 2000, S. 38

8 Ebd., S. 23/24.

In einer großangelegten quantitativen Studie für die Hans-Böckler-Stiftung untersuchte *policy matters* auch, warum Gewerkschaftsmitglieder AfD wählen und welche Rolle dabei die Arbeitswelt spielen könnten. Die zentralen Befunde:

*Das Gefühl mangelnder Gestaltungsmacht kommt besonders im Bereich des technologischen Wandels zum Tragen. Unsicherheiten und Ohnmachtsgefühle angesichts der Zukunft der Arbeitswelt erhöhen die Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen oder zum AfD-Potenzial zu gehören. So wählen Personen, die der Aussage „Über mein Leben wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“ zustimmen, signifikant (7%) häufiger AfD als Personen, die dies nicht tun. Der vergleichsweise große Effekt dieser sehr starken Aussage, der unter Kontrolle von Einkommen, Berufsposition, Migrationshintergrund, Alter, Geschlecht und Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland geschätzt wurde, steht exemplarisch für das Empfinden, dass die Zukunft (im Arbeitskontext) nicht mehr individuell kontrollierbar und gestaltbar ist. Ebenso verdeutlicht diese Aussage eine sehr resignative Einstellung zu der Frage, ob sie überhaupt gestaltbar ist, denn was „irgendwo draußen in der Welt passiert“ kann auch nicht durch nationale oder europäische Kontrollinstanzen reguliert oder gestaltet werden. So gesehen steht diese Aussage für das Gefühl maximalen Kontrollverlusts und Ausgeliefertseins. (...) Insbesondere bei Gewerkschaftsmitgliedern kann vermutet werden, dass der Arbeitskontext einen Einfluss auf die Haltung zur AfD hat. Tatsächlich ist auffällig, dass Gewerkschaftsmitglieder, die ausbildungsadäquat beschäftigt sind, - anders als der Befund für das Gesamtsample - signifikant seltener AfD wählen. Dies spricht dafür, dass Abwertungsprozesse bei Gewerkschaftsmitgliedern möglicherweise stärker am Arbeitsplatz erlebt werden. Diese Annahme wird auch durch den Befund gestützt, dass die Zustimmung zu Aussagen, die eine Ausweitung von Unsicherheit und Kontrolle am Arbeitsplatz betreffen, bei Gewerkschaftsmitgliedern einen größeren Einfluss auf das Wahlverhalten oder die Zugehörigkeit zum AfD Potenzial haben als im gesamten Sample. So hat die Zustimmung zu der Aussage „durch die Digitalisierung wird die Überwachung und Kontrolle meiner Arbeitsleistung immer größer“ für Gewerkschaftsmitglieder einen deutlich größeren positiven Effekt auf die Entscheidung AfD zu wählen als für das gesamte Sample.<sup>10</sup>*

## Hinweise zur These des tripolarer politischer Raum

Die These, dass sich in verschiedenen Ländern ein tripolarer politischer Raum herausbildet ist nicht neu. Sie wird in der europäischen Politikwissenschaft etwa von Hanspeter Kriesi seit 1998 vertreten. Daniel Oesch und Line Rennwald entwickeln diese Annahme unter der Fragestellung, inwieweit sich darin auch ein Klassenwahlverhalten entdecken lässt. Die Datenbasis bilden mehrere Wellen des European Social Survey (ESS). Sie fassen ihre Ergebnisse wie folgt zusammen:

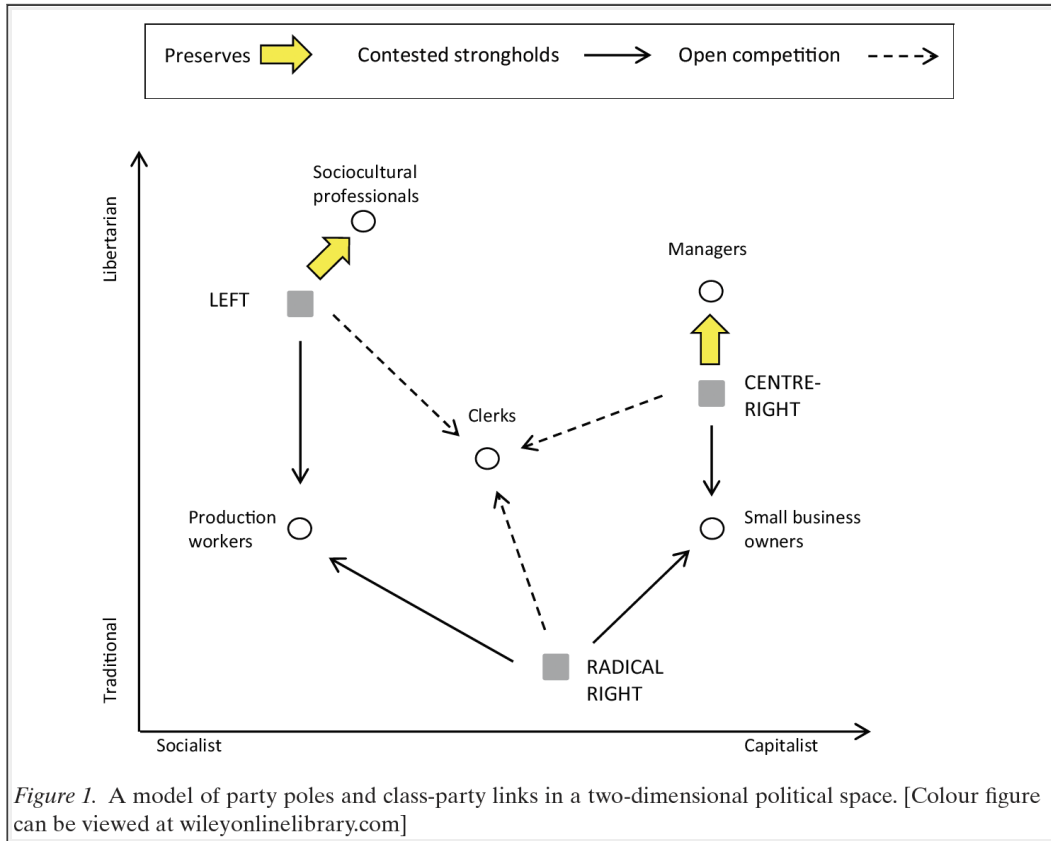
*The rise of the radical right fundamentally changes the face of electoral competition in Western Europe. Bipolar competition is becoming tripolar, as the two dominant party poles of the twentieth century – the left and the centre-right – are challenged by a third pole of the radical right. Between 2000 and 2015, the radical right has secured more than 12 per cent of the vote in over ten Western European countries. This article shows how electoral competition between the three party poles plays out at the micro level of social classes. It presents a model of class voting that distinguishes between classes that are a party's preserve, classes that are contested strongholds of two parties and classes over which there is an open competition. Using seven rounds of the European Social Survey, it shows that sociocultural professionals form the party preserve of the left, and large employers and mana-*

9 Zuletzt bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Klaus Dörre: Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen; in: Mario Candeias, Klaus Dörre, Thomas E. Goes: Demobilisierte Klassengesellschaft und Potentiale verbindender Klassenpolitik. Beiträge zur Klassenanalyse 2, Berlin 2019. Dieter Sauer, Ursula Stöger, Joachim Bischoff, Richard Detje, Bernhard Müller: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg 2018.

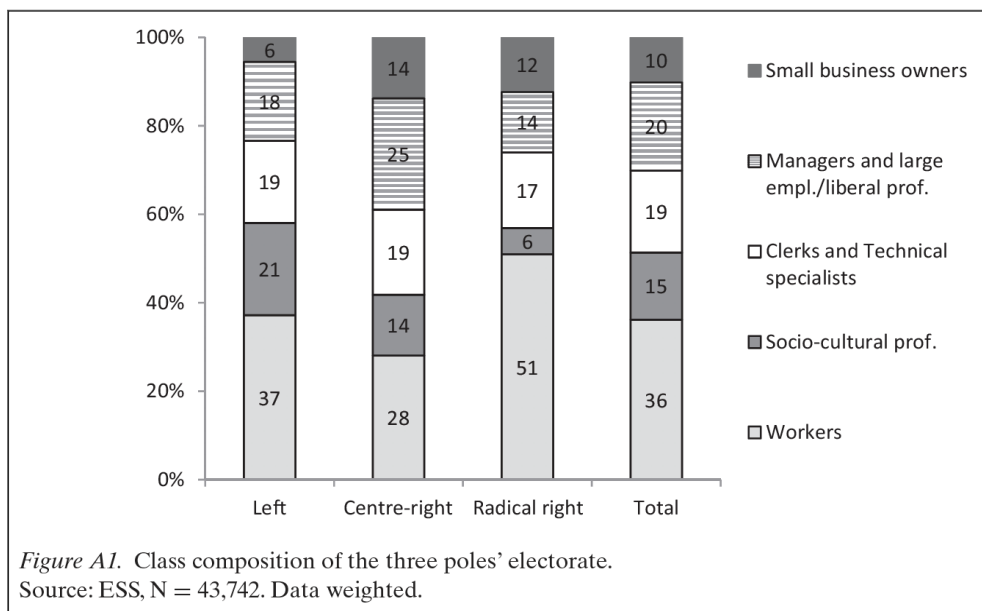
10 Richard Hilmer, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné: Einstellung und soziale Lebenslage Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung Nr. 44, August 2017, S. 47f.

gers the preserve of the centre-right. However, the radical right competes with the centre-right for the votes of small business owners, and it challenges the left over its working-class stronghold. These two contested strongholds attest to the co-existence of old and new patterns of class voting. Old patterns are structured by an economic conflict: Production workers vote for the left and small business owners for the centre-right based on their economic attitudes. In contrast, new patterns are linked to the rise of the radical right and structured by a cultural conflict.<sup>11</sup>

Die Position der drei politischen Pole im dreidimensionalen politischen Raum (S. 787):



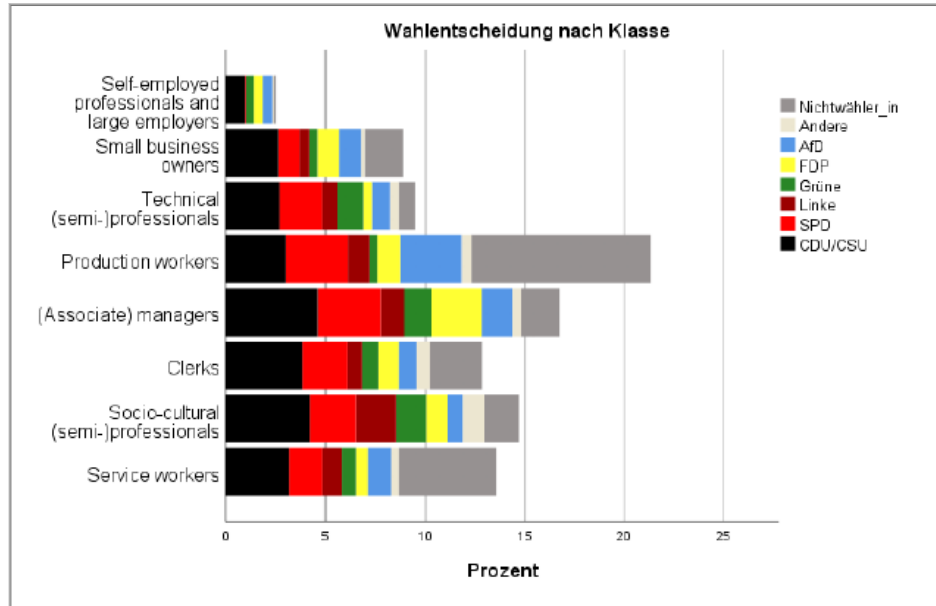
Die Zusammensetzung der Wählerschaften (S. 803)



11 Oesch/Rennwald 2018, S. 783.

Floris Biskamp hat mit dem Modell von Oesch/Rennwald die jüngsten ESS-Daten von 2018 für Deutschland ausgewertet und kommt zu einem vergleichbaren Ergebnis. Allerdings weist er zurecht daraufhin, dass auch die Wahlbeteiligung berücksichtigt werden muss. Dann dominierte bei production workers und service workers jeweils die Wahlenthaltung.

Das Bild stellt das Wahlverhalten auf der Basis des jeweiligen Anteils an der Wahlbevölkerung dar. Etwa 21% zählen zu den production workers, davon gingen knapp 45% nicht zur Wahl usw.



Biskamp wertet neben der Klassenlage auch Einkommen, Bildungsabschluss, Alter und soziokulturelle Einstellungen aus. Sein Ergebnis bezüglich der AfD-Wählerschaft lautet, dass sie z.B. »den ökonomischen Effekt von Migration weniger negativ bewerten als den kulturellen oder den auf die allgemeine Lebensqualität. Ähnliches gilt für Produktionsarbeiter\_innen, bei denen die negative Einschätzung von kulturellem und Lebensqualität-Effekt signifikant ist, die des ökonomischen Effekts aber nicht.« Im Fazit heißt es dann:

*AfD-Wähler\_innen zeichnen sich vor allem durch ihre traditionalistisch-autoritär-nationalistische Position aus, sind aber in ihren sozioökonomischen Einstellungen heterogen, ohne im Mittel deutlich vom gesellschaftlichen Durchschnitt abzuweichen. Der Rest der Gesellschaft zeichnet sich fast durchwegs durch soziokulturell progressive (grün-alternativ-libertäre) Positionen aus. Produktionsarbeiter\_innen sind in soziokulturellen Fragen die am wenigsten progressive Klasse, aber absolut betrachtet nicht auf der traditionell-autoritär-nationalistischen Seite. Die Daten bieten keinen Grund zur Annahme, dass viele AfD-Wähler\_innen durch linke Parteien mobilisierbar wären. (...) Man kann tatsächlich davon sprechen, dass die linken Parteien die Zustimmung der Arbeiter\_innen verloren haben; auch wählt ein relevanter Teil der Arbeiter\_innen AfD. Die mit Abstand stärkste Gruppe unter den Arbeiter\_innen sind jedoch die Nichtwähler\_innen. Wenn linke Parteien sich heute Mühe geben wollten, Arbeiter\_innen „zurückzugewinnen“, scheint die Gruppe der Nichtwähler\_innen der plausible Ansatzpunkt als die AfD-Wähler\_innen. Die Nichtwähler\_innen sind (ebenso wie Arbeiter\_innen insgesamt) weniger progressiv als der gesellschaftliche Durchschnitt, stehen aber im Mittel immer noch nicht auf der traditionell-autoritär-nationalistischen Seite. Insofern werden sie durch eine vorrangige Betonung soziokultureller Fragen auch nur sehr bedingt ansprechbar sein – weder in die eine noch in die andere Richtung. Die Herausforderung dürfte eher darin bestehen, ihnen einen glaubwürdigen Grund zur Annahme zu bieten, dass sie sich von Politik überhaupt etwas Positives erhoffen dürfen.*